

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 6. August 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Bezugspreis:

5 Exemplare 30.— M., monatlich 10.— M.,
bei uns dazu voranzuschicken. Be-
zug monatlich 10.— M., erst An-
bestellungsgebühr. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich 16.0 M.,
für das übrige Ausland mit täglich
einmal, Postkonto 21.50 M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Dan-
mark, Holland, Österreich, Schweden
und die Schweiz — Einlagen in
die Postkonten-Versand.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt u. Zeit“ erscheint momen-
täglich zweimal: Sonntags und Kon-
tagssamstag.

Verlagsadresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Anzeigenpreis:

Die abgesetzten Konkurrenzblätter
sind 8.— M., Teuerungszuschlag 50%.
„Kleine Anzeigen“, das ist
gedruckte Wort 1.— M. (täglich zwei
malgedruckte Worte), jedes weitere
Wort 50 Hg. Streifenanzeigen und
Schloßblattnamen das erste Wort
45 Hg., jedes weitere Wort 40 Hg.,
Buche über 15 Buchstaben zahlen für
zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%.
Familien-Anzeigen für Abonnenten
Zelle 2.— M., politische und je-
weilichstellige Vereins-Anzeigen
1.— M. die Zeile ohne Ausschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Unter-
den-Linden 3, abgegeben werden. Schluß-
zeit 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Sicherung der Neutralität.

Essen, 5. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“).
Am kommenden Sonntag wird hier eine gemeinsame Konfe-
renz aller sozialistischen Parteien und der Gewerk-
schaften stattfinden, um zu der außenpolitischen Lage Stellung
zu nehmen und zu beraten, was zu tun sei, um die deutsche Neutralität
zu sichern, vor allem sich über die Schritte klar zu werden, die bei
etwaiger Befehung des Ruhrreviers nötig werden.

Englischer Druck auf die Neutralen?

London, 5. August. (Reuter.) Im Unterhause fragte
Wedgwood, ob die Alliierten einen Druck auf die
Tschechoslowakei ausüben, damit diese Polen beistehet.
Lloyd George erwiderte:

„Alles hängt von der Antwort ab, die wir von Rußland erhalten
werden. Wenn die Antwort unbefriedigend ist, werden wir
selbstverständlich auf jedermann einen Druck ausüben, damit
er Polen die nötige Unterstützung leistet.“

Wedgwood forderte dringend eine Erklärung, daß, wenn
die Antwort unbefriedigend sein sollte, kein Druck auf die
Tschechoslowakei oder andere Grenzstaaten im Sinne einer bewaf-
neten Intervention zugunsten Polens ausgeübt werde.

Lloyd George sagte: „Wenn die Antwort unbefriedigend
ist und wenn es nötig ist, wird, daß die Sowjetregierung beabsich-
tigt, Polen zu unterstützen, dann bin ich bestimmt nicht in der
Lage, ein derartiges Versprechen zu geben.“

Lloyd George führte weiter an:

Wider sei keine Antwort der Sowjetregierung auf das Tele-
gramm vom 28. über die Londoner Konferenz eingegangen, doch
höre er schon, daß Kamenew ein Telegramm der Sowjet-
regierung empfangen habe, über das er wahrscheinlich eine
Mitteilung machen werde. Ueber den Inhalt des Telegramms sei
inzwischen nichts bekannt. Ueber die Zusammenkunft mit den
Sowjetdelegierten sagte Lloyd George: Er und Bonar
Law hätten Kamenew und Stofin klar gemacht, daß die Forderung
der Sowjetregierung, zugleich mit der Beratung der Waffenstill-
standsbedingungen auch den Frieden zu erörtern, und in Ver-
bindung damit der beschleunigte Fortschritt der Sowjetarmee auf
Warschau notwendigweise den Verdacht erwecke, daß die Sowjet-
regierung bei dem von ihr geführten Druck nach Frieden und bei
ihrer Erklärung, daß sie beabsichtige, die Freiheit und Unab-
hängigkeit Polens zu achten, nicht aufrichtig sei und
daß dieser Verdacht durch die lange Verzögerung in der Beant-
wortung des englischen Telegramms vom 20. Juli verstärkt worden
sei. Sie hätten ferner darauf hingewiesen, daß der sofortige
Abschluß eines Waffenstillstandes zu billigen Be-
dingungen das einzige Verhängnis sei, welches geeignet sei,
diesen Verdacht zu zerstreuen. Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß
die Sowjettruppen in das ethnographische Polen eingerückt seien,
würde die englische Regierung wirksame Schritte ergreifen, um die
Hindernisse zu beseitigen, die der Durchführung von mili-
tärischem Material aus Danzig nach Polen im Wege
stehen.

„Rußlands Antwort.“

London, 6. August. Lloyd George teilte im Unterhause mit,
daß die Antwort auf die englische Note aus Moskau einge-
traffen sei.

Englands Arbeiter gegen die Intervention.

London, 6. August. Der Sekretär der englischen Arbeiter-
partei Arthur Henderson hat an alle Ortsgruppen in Eng-
land ein Telegramm geschickt, in dem es heißt: Wegen der sehr
bedrohenden Möglichkeit einer Ausbreitung des polnisch-
russischen Krieges erlaube ich alle Ortsgruppen auf das
dringendste, Kundgebungen zu organisieren, um gegen eine
Intervention sowie gegen das Ausfinden von Soldaten und
Munition für Polen zu protestieren und folgende Forderungen auf-
zustellen: Friedensverhandlungen, sofortige Aufhebung der Blockade
und Wiederherstellung der Handelsbeziehungen. Resolutionen in
diesem Sinne sind an den Premierminister und die Presse zu senden.

Verhandlungen zwischen England und Frankreich.

London, 6. August. (Holländisch Neudsbureau.) Die Regie-
rung steht mit Frankreich in Unterhandlungen über die Maßnahmen,
welche bezüglich der Lage in Polen getroffen werden müssen. Es soll
ein großes Quantum Kriegsgüter geschickt werden, während
bereits ein erheblicher Teil französischer Freiwilliger,
Geschütze, Flugzeuge usw. unterwegs sind. Obwohl in England
noch keine bestimmten Schritte unternommen worden sind, erwar-
tet man, daß das Kabinet innerhalb weniger Tage einen Aufruf
für Freiwillige erlassen wird und daß Maßnahmen getroffen
werden zur Mobilisierung der britischen Flotte.

Sucht Frankreich Streit?

Hätten die gestrigen Ausführungen des Reichsministers
Dr. Simons im Reichstag den Ernst der außenpolitischen Lage
zu erkennen gegeben, so haben sich inzwischen die Anzeichen
dafür gemehrt, daß Deutschlands Wille zur unbedingten
Neutralität im russisch-polnischen Kriege komplizierter
Art mit der Entente oder doch mit einem Teil
der Entente herbeizuführen geeignet ist.

Man braucht dabei nicht unbedingt einen von der Gegen-
seite künstlich konstruierten Zusammenhang zwischen den fran-
zösischen Vorbereitungen für eine militärische Hilfs-
aktion für Polen und der Wiederauflösung der
„Flaggenaffäre“ zu erblicken; obwohl es jedenfalls
aufpassen muß, daß der an sich bedauerliche, tatsächlich aber
unbedeutende und für alle Parteien offensichtlich erledigte
Zwischenfall vom 14. Juli plötzlich, nach drei Wochen, in denen
nicht einmal ein französischer Hahn danach gekräht hatte,
Gegenstand einer „sehr ersten Unterredung“ zwischen Si-
mons und de Marcilly werden konnte. Inzwischen ist
durch W. T. B. mitgeteilt worden, daß der Vorgang am
Pariser Platz zu einem Notenausschlag geführt hat und daß
die Reichsregierung hofft, Mittel und Wege zu finden, die aus
der Flaggenangelegenheit entstandene Spannung im
Sinne der Völkerbundskarte zu erlösen.

Auch wir möchten hoffen, daß die „Geldnot“ eines ach-
zjährigen Jünglings mit unaußersprechbarem polnischen
Namen keine Weiterungen nach sich zieht, aber wir können den
Eindruck nicht los werden, als brauche Frankreich gegenwärtig
Vorwände für einen ersten Streit, dessen Endziel die
Beseitigung der deutschen Neutralität
zwecks wirksamer militärischer Hilfe-
leistung an Polen wäre. Es ist doch wirklich höchst
eigentümlich, daß Millerand, der seit dem 14. Juli
dreimal im französischen Parlament (zweimal in der Kom-
mission, einmal im Senat) gesprochen hat, bei diesen Gelegenheiten
die Flaggenaffäre mit keiner Silbe erwähnt hat.
Und nun plötzlich diese „sehr erste Unterredung“, dieser
„Notenausschlag“ und diese „Spannung“!

Aber, wie gelangt ein unbedingter Zusammenhang zwischen
Polen und... Argentinien? Braucht nicht zu bestehen. Doch
gibt es noch andere Anzeichen dafür, daß Frankreich
nach Vorwänden sucht, um mit dem unbedeutenden neutralen
Deutschland in einen Streit zu geraten. Tausen ja nun in
der alliierten Presse immer neue Behauptungen auf über ein
Geheimbündnis zwischen Deutschland und
Sowjet-Rußland. Der gestrige Tag brachte allein zwei
derartige Meldungen: „Petit Parisien“ und „Le Temps“
veröffentlichen den Wortlaut (!) eines „Geheimvertrages“
zwischen Deutschland und Sowjet-Rußland, der die Unter-
schriften „Freiherr v. Malzahn“ und „Wladimir Kow“ tragen
soll. Und die offizielle „Gawas“-Agentur verbreitet eine
Melddung, wonach bereits vor der polnischen Offensive ein
solcher Geheimvertrag abgeschlossen worden sei.

Doch Frankreich einen Streit mit Deutschland sucht, wollen
wir nicht behaupten; aber es ist klar, daß es sich mit derartigen
Ränken sozusagen einen Streit in Reserve
halten will.

Die Bedeutung der Erklärungen von Lloyd George
(die wir an anderer Stelle wiedergeben) über die Mög-
lichkeit eines Druckes auf die neutralen Nachbar-
staaten Polens für den Fall, daß Rußland Polen vernichten
wollte, liegt auf der Hand. Es scheint also, daß sogar der
englische Premierminister, wenn er sich auch noch nicht in
einem schärferen Sinne festgelegt hat, die Mög-
lichkeit eines Attentats auf die deutsche
Neutralität offenläßt. Indessen dürfte das Gegen-
gewicht der Rundgebung von Henderson, die wir gleich-
falls hier veröffentlichen, vorläufig genügen, um diese Ge-
fahr einzuweilen abzuwenden. Leider fehlt ein solches
Gegengewicht in Frankreich, dessen reaktionäre Regie-
rung bisher mit der Arbeiterpartei derart umgesprun-
gen ist, daß sie auch einen Anschlag auf die deutsche Neutra-
lität zur Rettung Polens wagen könnte.

Am einwandfreiesten von allen Alliierten, sowohl Ruß-
land wie auch Deutschland gegenüber, benimmt sich, wie
immer, Italien. Es zieht keine Truppen aus dem ost-
deutschen Abstimmungsgebiet — man könnte beinahe meinen:
demonstrativ — zurück und zeigt damit den ersten
Willen, erstens, sich in keine Abenteuer einzulassen, und zwei-
tens, Deutschland die Durchführung seiner Neutralität in
jeder Hinsicht zu erleichtern.

Was auch die nächste Zukunft uns an Forderungen und
Zunehmungen bringen mag, ein Schritt jedenfalls fest: Auch
wenn es auf sich selbst angewiesen bleiben sollte, wird sich
Deutschland nicht zu irgendwelchen Bütteldiensten hergeben —
es wird kein zweites Griechenland werden.

Die dreizehnte Aufgabe.

Von Nikolaus Osterloh.

Das Kohlenabkommen von Spa verpflichtet uns über
die aus unserer Verfügung herausfallende Fördermenge des
Saarreviers und der Pfalz hinaus zu einer Lieferung von
zwei Millionen Tonnen monatlich. Kommen wir unserer
Lieferungspflicht nicht nach, so droht der Einmarsch der Fran-
zosen ins Ruhrgebiet.

Stinnes legte neulich in einer Berliner Versammlung,
er hätte den sofortigen Einmarsch einem später drohenden
vorgezogen, womit er die Unerfüllbarkeit des Abkommens
und die spätere Befehung des Ruhrreviers als zwei absolut
sichere Tatsachen unterstellt. Stinnes hätte allerdings
persönlich von einer sofortigen Befehung des Ruhrreviers
weniger zu befehen als durch den ehrliehen Verlust, das
Kohlenabkommen zu erfüllen. Denn er weiß, daß die So-
zialisierung des Bergbaus eine der wichtigsten
Voraussetzungen zur Steigerung der Kohlenförderung ist,
und daß das deutsche Volk bis weit in die bürgerlichen Kreise
hinein die Beseitigung des Beizmonopols im
Bergbau fordert. Würde das Ruhrrevier von der Entente
besetzt, so bleibt er unbenutzter Kohlenkönig,
kommt aber die Sozialisierung als notwendige Folge des
Kohlenabkommens, so wird er entthront. Deshalb
alle Draufschritte des Herrn Stinnes mit Vorsicht aufzu-
nehmen sind.

Stinnes hat nur insoweit recht, daß das Kohlenabkom-
men ohne erhebliche Steigerung der Kohlen-
förderung unersetzbar ist. Unrecht aber hat er, wenn er
immer wieder plausibel zu machen vermag, daß nur die Ver-
längerung der Schichtzeit im Bergbau von 7 auf 8 1/2 Stun-
den die notwendige Steigerung der Kohlenförderung bringen
könne. Und es ist mehr als unredlich, es ist eine politische
Dummheit, wenn er bei nicht restloser Lieferung an die En-
tente den Einmarsch als sicher hinstellt, weil er dadurch die
Energie lähmt, die zur Steigerung der Kohlenförderung bei
der Regierung und im Bergbau notwendig ist.

Das Abkommen von Spa ist ein Akt, das wir aus
einer Reihe von triftigen Gründen unterzeichnen mußten.
Die Entente hat leider nicht allzu viel Vertrauen zu
unserem guten Willen. Und wir haben noch lange nicht alles
getan, um unsern guten Willen zu beweisen. Wir sind in
Spa zum erstenmal mit den Gegnern zu persönlichen Ver-
handlungen gekommen und konnten kaum erwarten, daß sie
uns gleich gerührt um den Hals fallen. Aber die Aufnahme
von Hues sachverständigen Darlegungen zeigt doch, daß man
drüber allmählich realen Erwägungen zugänglich wird.
Und wenn die Verhandlungen in vernünftiger Weise fort-
gesetzt werden, wird die Entente auch noch einiges hinzu-
lernen hinsichtlich der Grenzen der Erfüllbarkeit ihrer For-
derungen. Der Gewinn an Zeit ist immerhin ein Gewinn.
Nur muß die Zeit auch ausgenutzt werden zur Stei-
gerung der Kohlenproduktion.

Diese Steigerung ist möglich. Allerdings nicht
auf Kommando und nicht über Nacht. Aber an
ihre unverdrossen und mit allen Mitteln zu arbeiten, gebietet
der Zustand unserer eigenen Wirtschaft und der trostlose Zu-
stand ganz Europas.

Zunächst muß daran gearbeitet werden, die Lei-
stungsfähigkeit der Bergleute zu heben. 1913
förderten wir im Steinkohlenbergbau mit 654 000 Arbeitern
190 100 Millionen Tonnen. (Ohne das Saarrevier, Lothringen
und die Pfalz 173 063 Millionen Tonnen.) Die Leistung
je Kopf und Arbeitstag betrug 965 Kilogramm Kohle. 1919
förderten wir mit 720 000 Belegschaftsmitgliedern 118 676
Millionen Tonnen (ohne Saarrevier, Lothringen und die
Pfalz 107 638 Millionen Tonnen). Die Kopfleistung je Ar-
beitstag sank auf 542 Kilogramm oder 56 Proz. der
Friedensleistung herab. 20 Proz. der geringeren Leistung
fallen auf die Verkürzung der Schichtzeit, der Rest auf
den Zerfall der Körperkraft und die Verlotter-
ung der Zechenbetriebe durch den Krieg.

Dies muß zuerst die besessene Hand angelegt werden,
Ueberdichten und Schichtverlängerungen müssen uns an-
nichts, wenn wir nicht durch eine weitaus bessere Er-
nährung an der Gesundheit der Bergarbeiter und am
Aufbau der Arbeitskraft arbeiten. Der nur teilweise Er-
folg der seit Februar bestehenden Ueberdichtenabkommens
allein das Heil nicht bringen. Von Mitte Februar bis zum
Rapp-Butsch ging die Tagesförderung sprunghaft in die
Höhe. Bis dahin wurden die Ernährungsverpflichtungen ge-
halten und dann folgte die Ausbuchtung des Reviers als
Folge des Rapp-Butsch, und die Lebensmittelfu-
hrung blieb bis heute unzureichend und schwa-
chend, so daß einzelne Zechen seit 6 Wochen auf den für
Ueberdichten zu liefernden Speck warten. Die Wirkung ist,
daß den Ueberdichten der unterernährten Bergleute eine be-
deutend gestiegene Krankheitsziffer gegen-
übersteht, die an die schlimmsten Hungermomente des Krieges

erinnert. Ohne erheblich bessere Ernährung der Bergarbeiter ist eine beträchtliche Steigerung der Kohlenförderung undenkbar, trotz Ueberflüssen.

Wenn trotzdem im Ruhrrevier die tägliche Stoffleistung von 572 Kilogramm im Dezember 1919 auf 630 Kilogramm im Mai 1920 stieg, so beweist das, daß die Bergleute das Meiste daran setzen, um der Kohlennot abzuhelfen, läßt aber auch die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß mit der besseren Ernährung die Förderergebnisse ganz erheblich steigen werden.

Nach dem Kohlenabkommen müssen wir monatlich eine Million Tonnen mehr liefern als bisher. Einschließlich der acht halben Ueberflüssen werden heute im Ruhrrevier 30 Schichten monatlich verfahren. Die Mehrablieferung von einer Million Tonnen bedeutet für den Arbeitstag 34 000 Tonnen mehr. Wie weit wir durch eine bessere Ernährung Aussicht haben, diese Mehrförderung zu gewinnen, läßt sich durch einen Vergleich der Förderergebnisse des Ruhrreviers von Dezember bis Mai schätzen. Im Dezember 1919 betrug die Tagesförderung bei 471 000 Belegschaftsmitgliedern 270 000 Tonnen, im Mai 1920 bei 475 000 Belegschaftsmitgliedern rund 300 000 Tonnen. Also bei fast gleichbleibender Belegschaftszahl eine Mehrförderung von täglich 30 000 Tonnen.

Was im Ruhrrevier bei mangelhafter Ernährung möglich war, mühte bei guter Ernährung im zweitgrößten Bergrevier, Oberschlesien, mit seinen ergiebigeren Flözen erst recht möglich sein. Dort sehen wir aber das umgekehrte Bild. Oberschlesien hatte 1913 eine Tagesförderung von 145 000 Tonnen, die tägliche Stoffleistung betrug 1177 Kilogramm. Im Dezember 1919 betrug die Tagesförderung 109 000 Tonnen (gegen 83 000 Tonnen im Dezember 1918); die tägliche Stoffleistung betrug wieder 677 Kilogramm (gegen 536 Kilogramm im Dezember 1918). Seit mehr als einem halben Jahr haben wir aber in Oberschlesien die französische Besetzung und das unverantwortliche hemmungsfeste Treiben der polnischen Imperialisten. Die gewerkschaftliche Tätigkeit ist aufs härteste unterbunden und die Wirkung ist, daß die Tagesförderung auf 99 000 Tonnen, die tägliche Stoffleistung auf 584 Kilogramm herabgefallen ist. Die französische Besetzung und die unter ihrem Schutz betriebene polnische Hebe kostet uns täglich 10 000 Tonnen Kohlen. Die Abschmückung Oberschlesiens vom Reich und die Ungewißheit der Zukunft wirkt auf den technischen Zustand der Region stark ein. Je schneller die Abtötung kommt und Deutschland den Verbleib Oberschlesiens in seinem Besitz garantiert, je schneller die Franzosen Oberschlesien verlassen und es in anderer Pflegenden Hand überlassen, desto schneller und ergiebiger steigt die ober-schlesische Kohlenförderung, die uns in den Stand setzt, das Kohlenabkommen und die wirtschaftlichen Verpflichtungen des Friedensvertrages zu erfüllen.

Die Entente mag aus dem ober-schlesischen Beispiel ersehen, wie wenig die Besetzung des Ruhrreviers in der Lage ist, die Kohlenförderung zu halten oder gar zu steigern und wie wenig ihr selbst mit der Besetzung gedient wäre.

Man gebe den Bergleuten 20 Proz. einweihaltiger Nahrung mehr, man lasse die Hand von Oberschlesien und mache dem großpolnischen Spektakel in dieser großen deutschen Industrie ein Ende — dann wird das Kohlenabkommen Aussicht auf Erfüllbarkeit haben, ohne daß unsere Wirtschaft dem Absterbungsprozeß ausgeliefert zu werden braucht.

Unsere Kohlenförderung muß aber über die Erfüllung des Abkommens von Spa hinaus wesentlich gesteigert werden, wenn wir 60 Millionen Menschen in Deutschland ernähren und unsere Wirtschaft wieder so aufbauen wollen, daß wir den Friedensvertrag erfüllen und allmählich gefunden wollen.

Wollen wir das, so muß das Besizmonopol im Bergbau verschwinden, so muß einer Hand voll Monopolisten das Verfügungsrecht über die wichtigsten Rohstoffe

genommen werden. Nichts hat sich in der Vergangenheit als produktionshemmender erwiesen als die großen Preis- und Besizmonopole. Will man die Bergarbeiter an der Wirtschaft interessieren und der Kohlenförderung einen mächtigen Antrieb geben, so muß der Bergbau ungesäumt sozialisiert werden. Beide Vorschläge der Sozialisationskommission, deren Beschlüsse in den nächsten Wochen veröffentlicht werden, enthalten dazu sehr beachtenswerte Grundlagen.

Nach einer zweiten Richtung hin muß die Vorbedingung für eine Verbreiterung unserer Kohlenbasis geschaffen werden: das Siedelungsproblem im Bergbau muß ernstlich und beschleunigt durchgeführt werden. Wir brauchen 200 000 Arbeitskräfte mehr im Bergbau, wenn wir unser eigenes Kohlenbedürfnis und das der kohlennormen Länder Europas befriedigen wollen. In dem Augenblick, in dem wir wieder ein mitteleuropäisches Kohlenmonopol haben, ist unsere wirtschaftliche Zukunft gesichert. Unsere guten Absichten auf dem Gebiet der bergmännischen Siedelung sind durch die privatkapitalistischen Breistreiberzeiten auf dem Baustoffmarkt sabotiert worden. Seit Ende 1919 sind die Baustoffpreise um 200 Proz. in die Höhe gesprungen oder richtiger gehoben worden und deshalb sind die bereitgestellten Mittel (6 M. Kohlenpreiserhöhung je Tonne — etwa 1 Milliarde Mark jährlich) ein Tropfen auf einen heißen Stein. Man wollte damit in drei Jahren 100 000 Bergmannsheime bauen, die heute statt 3 Milliarden 10 bis 12 Milliarden Mark kosten werden, und bei den zur Verfügung stehenden Mitteln statt einer dreijährigen eine neun- bis zehnjährigen Bauzeit erfordern. So lange können wir nicht warten, um die erforderliche Arbeiterzahl im Bergbau einzugliedern, und wir haben auch die Milliarden nicht so auf Lager, um sie den Spekulanten in den Hals zu werfen. Das Siedelungsproblem muß sofort einer Revision unterzogen werden. Es ist zu einer Lebensfrage für uns und Europa geworden. Entweder müssen die Baustoffe erheblich verbilligt werden, wobei man auch vor einer Sozialisierung der Baustoffindustrie nicht zurückzusehen darf, oder der Siedelungsplan muß mit Hilfe der kohlennormen Länder finanziert werden, damit unsere Kohlenwirtschaft als lebenspendende Quelle erschlossen werden kann. Und bis dahin muß in den Bergrevieren eine Wohnungsrationierung vorgenommen werden, die auch vor den Direktorenpalästen nicht zurückschreckt.

Alles in allem: Das Kohlenabkommen ist erfüllbar, wenn man ernstlich an die dreizehnte Herkulesaufgabe herangeht, und wenn die Entente ihren guten Willen mit unseren Anstrengungen verbindet, um Europa zu retten.

Der Staat ohne Regierung.

Aus den thüringischen Kleinstaat Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Altenburg, Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen ist am 1. Mai bekanntlich unter Zustimmung der Nationalversammlung der neue Staat Thüringen geschaffen worden. Der junge Staat zählt über 1 1/2 Millionen Einwohner. Er hatte, wie erinnerlich, schon seit Dezember vorigen Jahres eine Art Volksvertretung in dem „Thüringer Volksrat“, der aus Abgeordneten der einzelnen Landtage gebildet war und 40 Mitglieder zählte. Das Präsidium dieses Vorparlamentes lag in den Händen der Sozialdemokratie, die mit 14 Abgeordneten die stärkste Fraktion bildete. Als provisorische Regierung wirkte der Staatsrat für Thüringen, der aus Mitgliedern der einzelnen Regierungen zusammengesetzt war. Diese beiden Körperschaften, Volksrat und Staatsrat, haben ein reichliches halbes Jahr die Vorarbeiten für den neuen Staat geleistet und schließlich für den 20. Juni die Wahl zum Landtag des neuen Staates ausgeschrieben. Bei dieser Wahl schnitt zwar die Sozialdemokratische Partei von allen Parteien am besten ab gegenüber der Reichstagswahl, die 14 Tage früher stattgefunden hatte. Aber trotz

allgemein schwächerer Wahlbeteiligung hatte sich doch die Mandatsziffer insofern verschoben, als die Unabhängigen mit 15 Abgeordneten die stärkste Fraktion wurden, während unsere Partei noch 11 Abgeordnete behielt. Die Demokraten zählten 4, die Deutsche Volkspartei 8, die Landwirte 11 und die Deutschnationalen 4 Abgeordnete. Während im alten Volksrat die beiden sozialistischen Parteien 23 Abgeordnete zählten gegen 16 Bürgerliche, stehen im neuen Landtag 27 Bürgerliche 26 Sozialdemokraten gegenüber. Am 20. Juli trat, wie wir feinerzeit berichteten, der neue Landtag zusammen, um zunächst die Wahl des Präsidiums und dann die Regierungsbildung vorzunehmen. Die Rechtsparteien hatten sich schnell zu einer Fraktionsgemeinschaft aufgeschlossen, um so als stärkste Fraktion das Präsidium für sich in Anspruch nehmen zu können. Dieser Plan wurde jedoch von unseren Genossen durchkreuzt. Sie schlugen den Unabhängigen vor, daß die beiden sozialistischen Parteien ebenfalls eine Fraktion bildeten. Darauf gingen die Unabhängigen ein, und da nun die sozialistische Fraktionsgemeinschaft 26, die der Rechtsparteien aber nur 23 Abgeordnete zählte, so retteten unsere Genossen den Unabhängigen den Präsidentensitz.

Als nun zur Regierungsbildung geschritten werden sollte, beteiligten sich die Unabhängigen zunächst an Besprechungen über eine Koalition zwischen ihnen, den Sozialdemokraten und den Demokraten, so daß es den Anschein hatte, als ob trotz ihres vorherigen auf Ablehnung lautenden Konferenzbeschlusses ihre Mitwirkung in der Regierung möglich sei. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß wenigstens eine Anzahl unabhängiger Landtagsabgeordneter von dem Wort und Redarabialismus nichts mehr wissen will und an positiver Arbeit sich beteiligen möchte. Aber diese Abgeordnete sind in den Hintergrund gedrängt und die kommunistische Richtung hat die Oberhand gewonnen.

Zwei Wochen lang sind Tag für Tag, von morgens 9 Uhr bis oft in die Nacht hinein, Verhandlungen in den Fraktionen und in den interfraktionellen Besprechungen geführt worden. Ein positives Ergebnis konnte aber nicht erzielt werden. Am letzten Sonnabend mußte der Landtag nach einer siebenstündigen Sitzung auseinandergehen, ohne daß es gelungen wäre, eine Regierung zu bilden. In 4 namentlichen Abstimmungen wurden sämtliche Vorschlagslisten abgelehnt, keine Parteigruppe erhielt eine Mehrheit. So mußten die Regierungsgeschäfte dem alten Staatsrat für Thüringen weiter übertragen werden. In diesem Staatsrat sitzen Unabhängige und Sozialdemokraten, Demokraten und rechtsstehenden Staatsräten zusammen, ohne dabei Schaden an ihrem Programm oder ihrer Seele zu leiden. Aber im neugewählten Landtag verhindern die gleichen Unabhängigen die Bildung einer normalen verfassungsmäßigen Regierung, weil sie „grundsätzlich“ mit Bürgerlichen nicht zusammen regieren wollen.

Immer weiter treiben so die Herrschaften ihre zweck- und nutzlose Obstruktionspolitik, bis schließlich in ganz Deutschland alle Gewalt in die Hände der Reaktionsäre gegliedert ist. Dann werden sie endlich befriedigt sein und ihren Sehnsuchtsjahre nach Moskau senden: Es lebe die Weltrevolution!

Schutz der Kappisten?

Hamburg, den 6. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“). Personlich hat Panzer es durchgesetzt, daß von dem unter Zustimmung der Regierung beschlossenen Annehmelgesetz nur 500 Vertreter gegen das Reich betreffen werden. Von dieser Ausnahmestimmung, die von Bayern allerdings zum Schutze gewisser Kappisten gedacht war, werden nun aber zweifellos auch eine Reihe von Kappisten unangenehm betroffen werden, die auf diese Art hoffentlich der verdienten Strafe nicht entgehen werden. Unser Hamburger Parteiblatt weist insbesondere darauf hin, daß das auch für den Oberst von Wangenheim zutrifft, der als Garnisonsabteilungsleiter in Groß-Hamburg nicht nur gegen die Reichsregierung gepöbel hat, sondern sich auch gegen die Regierung und Verfassung des Landes Hamburg vergangen hat. Er

Das E. K. erster Klasse.

Der Zugang zu einem Wochenmarktplatz, auf dem Verkaufshände aufgebaut sind. Ein schmaler Weg. An beiden Seiten bilden liegende Händler Spalier. Sie bieten geschwähig und lobpreisend Schmierseifen, Schokoladentafeln, Streichhölzer, Seifenstücke an. Mitten hindurch flutet der eifrige Hauch der Käuferinnen. Fast alle mit ernst verbitterten Gesichtern. Die Preise für Gemüse, Obst, Frische, Eier sind und bleiben trotz aller Zeitungsschreiberlei, trotz schöner Reden im Parlament, trotz verheißungsvoller Erklärungen gewichtiger Persönlichkeiten und Korporationen hoch, viel zu hoch, jedenfalls für den dünnen Besiz an Wertscheinen der meisten Hausfrauen und Familienmütter, die sich den Kopf auseinander rechnen und doch kein befriedigendes Verhältnis zwischen den zur Verfügung stehenden Geldern und den Forderungen finden, die ihnen von jedem Marktstand entgegenwärteln. Nur wenige hochbebusste und diegepöbelte Vertreterinnen fatter Weiblichkeit selzen langsam auf deimeterhohen Lederschuhen einher, mit dem um sich geschleuderten Regen von Schaumkugeln ihre ungehinderte Genußfreudigkeit darlegend. Die anderen, Arbeiter, Beamten, Angestellten und Kleinbürgerfrauen, eilen grämlich hin und her, bei der Mühsal ein Wunderschesen Korbchen, ein paar Kartoffeln, verdächtig grüne Pfefferchen, halbverfaulter oder zu Wachsmengengewürmungen geeignete Birnen in der Tasche tragend. Die Schweine in Deutschland sind in der Kriegszeit zu sehr geschächten Gliedern der Gesellschaft emporgestiegen, ihnen darf man diese Art von Segen des heimischen Obstbaus nicht mehr anbieten, wie es vordem geschah.

Kußt erkaut des Menschen Herz. In Verdrückung dieser herkömmlichen Beobachtung hat sich an der Erde ein Veierrmann aufgestellt und wagt fleißig das herrliche Lied vom Feldzug ab, der sein Sänedzug war. Der Orgelredner pulchert nicht schlecht, ein Haufen schwärzlicher Hüner und Hühner sammelt sich vor ihm. Was bedeutet heutzutage ein Hüner? Kann man eine Schürze, einen Bonbon, einen — Gut ab — Dering dafür kaufen? Bettler sind auch einige da. Einer davon lehnt sich auf dem Pflaster sitzend an die Mauer und benugt den ehrwürdigen Fried, seinen Leibschaden augenfällig den Vorübergehenden darzubieten. Ein junger, kräftiger Mann in grauem Feldrock. Das rechte Hosenschenkel ist weit herausgestreckt, entblößt ist ein unformliches Glied, mit Lederhüllen, Metallkettchen, Bandagen versehen, ein unheimlicher Erlag für das sonst läbliche Gewerkszeug. Krücke und Stod liegen nebenan. In die Kasse des Kriegsbeschädigten fallen ebenfalls Münzen, wenn auch nicht so reichlich als beim Leierkasten. Denn er bietet keine Gegenleistung, obwohl er einen ganz besonderen Nachweis für seine der Gemeinamkeit gewidmeten

Dienste zu erbringen glaubt durch ein auf die linke Brust angeheftetes eisernes Kreuz erster Klasse. Das glänzt mit dem feingepulsten silbernen Rand in der Sonne. Ja, wohl, ein Ritter des eisernen Kreuzes erster Klasse sitzt da nach alter zünftiger Krüppelmanier.

Ob der Mann mit der ihm zugebilligten Rente nicht leben, nichts dazu verdienen kann, für welche Heldentat er das Kreuz erwarb — wer fragt danach. Achlos geht die Menge vorbei.

Die eisernen Kreuze waren ja billig geworden im Kriege. Ein Oberleutnant der Infanterie sagte mir einmal, er ginge in Urlaub nie mehr in Uniform aus, solange ein Garderobenschüler daran nicht befestigt sei. Der Garderobenschüler war der Mangel des eisernen Kreuzes erster Klasse. Er bekam es übrigens nachgeschickt, ehe er wieder in die Stuppe ging. Aber ein solcher Soldat, den das preußisch-deutsche Militärrecht für würdig hielt, das ebemals so hochgewertete Ehrenzeichen zu tragen, der muß doch außergewöhnliches getan haben! Und er sitzt am Wochenmarkt und bettelt arme Frauen an.

Wie fabelhaft schnell wandelt sich die Zeit! Gestern höchster Lohn für die Tapfersten der Tapferen, heute Stimmungsregent eines im Strafkolonium liegenden Bettlers. H. G.

Ein wissenschaftliches Bittbüchlein. Durch Untersuchungen schwedischer Fachleute hat man festgestellt, daß im Grenzgebiet zwischen Rußland und der Ukraine, in der Gegend der Stadt Kurla, äußerst mächtige Lager von Magnetkristallen liegen. Es war schon lange bekannt, daß die Magnetnadel in diesen Gebieten auffallende Abweichungen zeigt, aber die Entdeckung des Erzvorkommens ist erst durch 24 jährige systematische Beobachtungen und Messungen der erdmagnetischen Störungen zustande gekommen, die Prof. Ernst Leht in Moskau ausgeführt hat. Diese Beobachtungen haben magnetische Störungen von solcher Stärke festgestellt, wie man sie bisher niemals an irgendeiner Stelle der Erdoberfläche beobachtet hat. Lehts Forschungsresultate sind jetzt in Schweden veröffentlicht worden und dabei ist man zu dem erwähnten Ergebnis gekommen. Ein Teil der großen Erzlager befindet sich im Gebiet von Komarukund, andere wieder innerhalb der Grenzen der Ukraine. Man hat es offenbar mit zwei parallelen Streifen von Magnetkristallen zu tun. Beide Streifen sind etwa 150 Kilometer lang. Es ist keineswegs unwahrscheinlich, daß sich die Leinung Erz, wie man heute es hier mit dem größten derartigen Vorkommen der Welt zu tun, betätigen wird. Sobald es die politischen Verhältnisse gestatten, dürfte sich hier ein neues großes Industriegebiet aufbauen.

Was kostet heute das Studium? Der Allgemeine Studenten-Ausschuß der Universität Heidelberg hat eine statistische Erhebung über die soziale Lage der Studierenden der Universität Heidelberg gemacht, indem er von den Studierenden freiwillig Fragebogen ausfüllen ließ. Von etwa 3000 Studierenden haben nur etwa 500

Fragebogen ausgefüllt. 50,5 Prozent haben einen Monatswechsel von 100 bis 300 Mark, 14,9 Prozent von 350 bis 400 Mark, und 21,8 Prozent von 450 bis 1500 Mark. Der abgerundete Durchschnittswert betrug etwa 400 Mark. Die monatlichen Ausgaben betragen durchschnittlich für Wohnung und Frühstück 60 Mark, mit Heizung 105 Mark, für Wohnung mit voller Verpflegung 250 Mark, für Mittagessen 85 Mark, für Abendessen 75 Mark, für Lebensmittel im gesamten ohne Genussmittel 175 Mark. Die Studierenden erhielten im Durchschnitt 80,7 Prozent ihrer Einnahmen von den Eltern, 2,8 Prozent von Verwandten, 8,5 Prozent aus eigenem Vermögen, 1,1 Prozent aus eigenem Erwerb, 1,1 Prozent aus öffentlichen Mitteln, 8,1 Prozent aus Pensionen und Renten.

Kauf- und Kleinfische beim Menschen. Die Maul- und Klauenseuche, die jetzt in weiten Strichen Deutschlands unsere Viehbestände vernichtet, wird im allgemeinen als ungefährlich für den Menschen angesehen. Nach der „München med. Wochenschrift“ kann eine Infektion beim Menschen dennoch auf zweifache Weise, entweder durch den Genuß ungekochter Milch von krankem Vieh oder durch unmittelbare Berührung der Geschwüre und Sekrete des kranken Tieres erfolgen. Die Infektion des Menschen scheint aber außerordentlich selten vorzukommen. So wurde in einer von der Seuche ziemlich häufig heimgesuchten Gegend Württembergs innerhalb 26 Jahren nur ein einziger derartiger Fall beobachtet. Doch sind andererseits bei früheren Epidemien wiederholt Gruppenerkrankungen vorgekommen. Hebererinnemann wird angegeben, daß die Krankheit bei Erwachsenen meist milde in zwei bis drei Wochen abläuft, während bei Kindern schwere, ja tödliche Fälle häufiger zu sein scheinen. Meistens tritt in solchen Fällen am siebenten Tage — wie beim Tiere — ein qualvoller Luftstich ein, dem die Entzündung über den weiteren Verlauf rasch zu folgen pflegt. Die Geschwüre der Mund- und Rachenhöhlenhaut und der Nase pflegen meist oberflächlich zu sein, tiefergehende Geschwüre wurden nur in Fällen mit tödlichem Ausgange beobachtet.

Musikchronik. Lazar Sperrhoff, der erste Konzertmeister des hiesigen Orchesters in Weisfeld, hat einen Ruf als erster Konzertmeister an das Philharmonische Orchester in Berlin erhalten.

Der Jahresbericht der Schiller-Stiftung zeigt, wie sehr durch die Geldentwertung die Vermögenslage dieser größten aller deutschen literarischen Stiftungen herabgefallen ist. Die 1914 gegründete Schillerstiftung hat bis 35 000 M. verteilt, ist erschöpft. Bei Pensionierungen kann der Verwaltungsrat jetzt bis 3000 M. hat bisher 1500 M. geben. Die Gesamtverwaltung der Stiftungen durch die Zentralstelle betrug im Berichtsjahr 64 265 M. Davon fielen auf lebensdienliche Pensionen 1810 M., auf Alterspensionen 33 375 M., auf einmalige Bewilligungen 26 900 M. Hierzu kommen die Leistungen der Zweitzweigungen im Berichtsjahr von 12 650 Mark und 7630 Kronen d. B. Das Gesamtvermögen der Schiller-Stiftung betrug Ende 1919: 2 262 770 M., 282 866 Kronen d. B. und 2000 Franken.

Ein Herbstwochen für Kunst und Wissenschaft findet vom 11. bis 13. September in Kiel statt. Das Stadttheater veranstaltet Festspiele, es finden Konzerte statt. In einem Zirkus von Vorträgen spricht Albert Hübner über „Raum und Zeit im Lichte der Relativitätstheorie“ und Oswald Spengler, der Verfasser des „Untergangs des Abendlandes“, über „Tragödie und Geschichte“.

hat am 18. März durch eine Bekanntmachung den Senat und die Bürgerschaft für abgesetzt erklärt. Das war ein ausgesprochen Hochverrat gegen das Land Hamburg, dessen Ausführung nur durch Nachsicht der Behörden und die Bereitwilligkeit der Hamburger Arbeiterschaft verhindert worden ist.

In dieser Bekanntmachung liegt zweifellos das Unternehmen einer hochverräterischen Handlung gegen das Land Hamburg und es wird erwartet, daß jene Ausnahmedeclaration des Ausschusses gegen diesen Kappisten Wangenheim und etwa andere Kappisten, die sich hochverräterischer Handlungen gegen einzelne Länder schuldig gemacht haben, zur Anwendung gebracht werden. Von Hamburg aus ist genügendes Material gegen Wangenheim der Reichsregierung und auch dem Oberreichsanwalt zugegangen.

Beamtenstreik im Saarrevier.

Für Betriebsräte und freie Volksvertretung.

Saarbrücken, 6. August. Heute Nacht sind die Beamten im Saarrevier in den Streik getreten. Es handelt sich um einen Proteststreik gegen die Verordnungen der Regierungskommission im Saargebiet, wonach die Beamten der Regierungskommission den Treueid leisten sollen und wonach diese Kommission das Recht hat, die Beamten innerhalb von sechs Monaten ohne Angabe von Gründen zu entlassen. Auch die Eisenbahner haben den Streik begonnen. Der Beamtenbund des Saargebietes und sieben andere Angestelltenorganisationen haben einen Aufruf erlassen, in dem es heißt:

„Meist fact von den Straßen. Lebenswichtige Betriebe, wie Elektrizitäts- und Wasserwerke, müssen im Gange bleiben. Alle der Sabotage dürfen unter keinen Umständen erlaubt werden. Die Forderungen der streikenden Beamten sind unter anderem: die Rechte und Freiheiten, die vor dem 11. November 1918 in Kraft waren, sollen wieder hergestellt werden. Es soll den Beamten gestattet sein, keuschen Organisationen im unbesetzten Gebiet anzugehören. Die Regierungskommission soll Entlassungen von Angestellten nur nach Rücksprache mit der Beamtenschaft vornehmen können. Ferner wird verlangt: Einführung von Betriebsräten, Abbau der Preise der Lebensmittel und Gebrauchsartikel, ausreichende Belieferung mit Kohlen, Ausweisung der landbesessenden Wucherer und Schieber und strenge Maßnahmen gegen die einzelwirtschaftlichen Genossen derselben und Einschränkung der Einfuhr von Lebensmitteln und Verbrauchsartikeln aus dem unbesetzten Deutschland. Sofortige Bildung einer Volksvertretung auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts.“

Deutschland und Polen.

Die polnische Postverwaltung hat vor einiger Zeit verlangt, daß die Post von Deutschland nach Ostpreußen, die durch den Korridor geht, hier genau nach der Stückzahl bezogen würde. Jetzt verlangt sie sogar, daß diese Postbeförderung ihr übertragen würde — aber in den deutschen Wagen erfolge. Nun hat aber Deutschland sehr schlechte Erfahrungen damit gemacht, den Polen seine Bahnpostwagen auszuliefern. Es wird in Paris über diese Sache verhandelt und wenn kein befriedigendes Ergebnis erzielt wird, dann auch der polnische Seeweg auch für die Post nach Ostpreußen benutzt werden.

Geen die Wege, welche im abgetretenen Gebiet gegen die Deutschen betrieben wird und gegen die Verfolgungen der Deutschen durch polnische Behörden hat die deutsche Regierung ernste Vorstellungen in Warschau erhoben und betont, daß dieser Zustand den nationalen Gegenstand in bedrohlicher Weise verhängt. Die Warschauer Regierung hat Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe in Aussicht gestellt.

Die Zeitungsnachrichten über einen antipolnischen Aufstand in Polen sind unbegründet.

Die Bergarbeiter für den Sechstundentag.

Genf, 5. August. Internationaler Bergarbeiterkongress (Deutschland) betonte, daß die Forderung des Sechstundentages in keinem Zusammenhang mit den Verhandlungen in Spa steht, sondern unmittelbar nach Ausbruch der Revolution in Deutschland erhoben worden sei. Es handelt sich um keine deutsche Intrige. Die Deutschen verlangten auch nicht sofortige Einführung des Sechstundentages, sondern erst müssen die technischen Vorkereitungen getroffen werden. Die deutschen Bergarbeiter erwarteten, daß die ausländischen Kollegen dem deutschen Beispiel bald folgen und daß sie, wenn die Entente in das Ruhrrevier einmarschieren sollte, aber wenn infolge militärischer Maßnahmen die deutschen Bergarbeiter um die Früchte der Revolution gebracht werden sollten, sich mit den deutschen Bergarbeitern solidarisch erklären.

Der luxemburgische Delegierte Sufunc unterstützte die deutschen Vorschläge.

In der Nachmittagsitzung wurde die Aussprache über den Sechstundentag fortgesetzt. Es sprachen noch verschiedene Delegierte, die sich im allgemeinen mit der deutschen Forderung auf Einführung der Sechstundenschicht einverstanden erklärten.

Wilmann (Deutschland) betonte nochmals, daß die deutschen Bergarbeiter nur unter dem Zwange der Verhältnisse und unter dem Druck der Alliierten Überwindlichen fahren. Durch die Sicherungen an die Entente würde ein großer Teil der deutschen Industrie lahmgelegt und Tausende deutscher Arbeiter brotlos werden. Hier sollte der deutsche Bergarbeiter auf die Unterstützung der Internationalen angewiesen sein.

Es fand schließlich eine Resolution Annahme, in der es u. a. heißt: Angefichts des gesundheitsgefährlichen Charakters der Bergarbeit erklärt sich der Kongress für den Sechstundentag der unter Tag arbeitenden Bergleute. Der Rückgang der Produktion der ganzen Welt kann durch eine verlängerte Arbeitszeit nicht gehoben werden. Der Kongress erklärt sich auch bereit, dem Versuch der Verlängerung der Arbeitszeit mit allen internationalen Mitteln Widerstand zu leisten.

Ende des Horthy-Boycotts?

Wie die Wiener „Arbeiterzeitung“ meldet, ist vom Sekretariat der internationalen Gewerkschaftskommission ein Telegramm eingelaufen, wonach der Boykott gegen Ungarn am 8. August einzustellen ist.

Dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ist bisher eine entsprechende Meldung nicht zugegangen. Infolgedessen darf bemerkt werden, daß die Nachricht in der Form richtig ist. Jedem falls wird der Boykott auf deutscher Seite vorläufig nicht abgebrochen werden.

Der Reichsfiskus hat sich zum Besuch seiner Angehörigen auf kurze Zeit nach Keszthely begeben.

Der Abtransport der italienischen Truppen der Abstammungsgebiete Marzenwörder und Alfenstein wird voraussichtlich am 9. August in drei Zügen stattfinden, die über Schneidemühl-Süßrin-Frankfurt a. O. oder Breslau-Oberberg geführt werden.

Die Grundsätze der 2. Internationale.

Genf, 5. August. Romens der Kommission unterbreitete Sidney Webb (England) in der Donnerstag-Nachmittagsitzung dem Kongress einen Beschluß, der u. a. erklärt, das Verfolgen des kapitalistischen Systems mache die Übernahme der politischen Mittel durch die Arbeiterklasse zu einer geschichtlichen Notwendigkeit. Zur Arbeiterklasse gehören alle diejenigen, die im produktiven Sinne körperlich oder geistig tätig sind. Der Kongress verwirft die Methoden der Gewalt und des Terrorismus.

Von der Anwendung einer entsprechenden Aktion in entscheidenden Momenten mit den imperialistischen und kapitalistischen Mächten könne jedoch die Arbeiterklasse nicht absehen. Die Resolution Sidney Webb (England) enthält jedoch die Grundsätze der 2. Internationale in bezug auf den Parlamentarismus und erklärt, daß das Parlament alle Macht des Volkes und die Volksgewalt besitzt, die gesetzgeberische Gewalt auszuüben und die Forderung der politischen Geschäfte zu besorgen hat. Neben dem Parlament soll ein Wirtschaftsrat bestehen, der sich aus den einflussreichen Berufs- und sozialistischen Organisationen zusammensetzt. Für die Sozialisierung steht das Parlament die allgemeinen Grundsätze fest, ebenso die Art und Form der Verwaltung. Sanderbelle (Belgien) erklärte, daß durch die Resolution eine klare Scheidung geschaffen werde zwischen dem kommunistischen System von Moskau und dem demokratischen System der 2. Internationale. Die Sozialisten könnten nicht mehr im Zweifel sein, wohin sie sich zu wenden hätten. Die Gewalt dürfe nicht zum System erhoben werden, wie das der Bolschewismus getan habe.

Auch der holländische Delegierte Troelstra stimmte den Ausführungen des Redneren zu. Dem Sozialismus könne man nicht nur die Demokratie entgegenstellen, sondern man müsse ihm ein sozialdemokratisches politisches System entgegenstellen.

Scheidemann

betonte, es müsse klar ausgesprochen werden, daß die 2. Internationale den Bolschewismus grundsätzlich ablehne und streng auf dem Boden der Demokratie stehe. Die deutschen Sozialdemokraten hätten seit Jahrzehnten den Kampf gegen die Diktatur der preussischen Junker geführt, aber nicht dafür, daß die Diktatur einer Reihe von Männern, von denen ein jeder behauptete, das Proletariat zu sein, diejenige der preussischen Junker ersetze. Das Rätesystem in Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiete sei noch verbesserungsbedürftig, aber das russische Experiment der politischen Mäxikatur müßte die deutschen Sozialdemokraten entschieden ablehnen, ebenso die Idee der Weltrevolution.

Darauf wurden die Verhandlungen auf 8 1/2 Uhr abends vertagt.

Groß-Berlin

Wie Wolfner ermordet wurde.

Das Geschwisterpaar Ernst und Gertrud Käglar sind verheiratete Bürgerkinder, die, als einmal nicht alles nach ihrem Willen ging, sofort auf Abwege gerieten. Die 21jährige Gertrud Käglar hatte eine höhere Mädchenschule in ihrer Heimatstadt besucht und war im März dieses Jahres nach Berlin gekommen, um hier in der Reichshauptstadt ihre Studien fortzusetzen. Am 9. Juli d. J. zog ihr Bruder Ernst zu ihr in der Umlandstr. 54, wo sie ein möbliertes Zimmer bewohnte. Während der Vater der Tochter fortlaufend Geld schickte, damit sie ihren Lebensunterhalt bestreiten konnte, hatte dieser dem Sohne Unterstützung versagt, weil er wollte, daß dieser arbeite und selbst verdienen sollte. Da beide Geschwister von dem Gelde lebten, daß der Vater der Tochter zukommen ließ, waren sie stets in Geldverlegenheit. Auch Wolfner verdiente nur nebenbei durch Schleißhandelsgeschäfte mit Heilmitteln. Bei alten Zusammenkünften berieten die drei dann, wie sie zu Geld kommen könnten, und da erzielte dann in ihnen der Plan, dem Kaufmann Wolfner, den Ernst Käglar im Café „Grödenwahn“ hatte kennen gelernt, den großen Veranlassung zu rauben.

Verabredungsgemäß trafen sich alle drei am Vordage um 4 Uhr. Wolf und Gertrud Käglar waren vorher als Ehepaar Saretels bei Wolfner gewesen, und hatten diesen um 6 Uhr nach ihrem Hotel bestellt. Als dieser pünktlich erschien, ließ Gertrud Käglar mit der Leiberhase in der Hand hinter der Aeldeckenschürze, Wolfner setzte sich an den Tisch, nahm sein Kommissionsbuch und seinen Bleistift heraus, um die zu erwartenden Aufträge zu notieren, als Wolf, ein großer kräftiger Mensch, sich auf ihn stürzte und mit ihm rang. Als es ihm gelungen war, Wolfner zu Boden zu werfen, richtete ihm Gertrud Käglar das mit Leiber gezeichnete Handtuch, das er dem Wolfner unter die Nase hielt. Da aber die erwünschte Wirkung nicht schnell genug eintrat, schlug Wolfner immer noch mit Armen und Beinen um sich schlag, redete er ihm den Anedel in den Mund und forderte seine Begleiterin auf, in den Anedel noch mehr Ätzer zu gießen. Franklin Käglar zog dann den ganzen Inhalt der Flasche auf das Tuch. Während Wolf dann den immer noch Widerstand leistenden Wolfner, auf diesem liegend, schloß, mußte Gertrud Käglar ihm die Beine zusammenbinden. Wolf hatte trotz des Kampfes beobachtet, daß Wolfner den Ring vom Finger gezogen und in den Schuh gesteckt hatte. Gertrud Käglar zog ihn aus und tatsächlich kam der kostbare Brillantring zum Vorschein. Wolf zog dem jetzt endlich ruhig gewordenen Wolfner auch noch die beiden anderen Ringe vom Finger und steckte, ohne daß seine Begleiterin dies sah, auch dessen Uhr mit Ketten, das Zigarettenetui und die Brieftasche mit dem Gelde zu sich. Beide nahmen dann ihre Handtasche und verließen slich das Hotel.

Der Mord in Seefeld.

Verhaftung des Täters.

Der Händler Neumann aus Nachred war seit Montagvormittag verhaftet worden. Am Donnerstag fand man seine Leiche in einem Felde an der Neu-Finkenkruger Höhe. Nach dem Befund war der Händler durch einen mit einem schweren Gegenstand ausgeführten Schlag auf den Kopf getötet worden. Die sofort angestellten Ermittlungen der Polizei führten heute morgen zur Verhaftung des Mörders.

Es handelt sich um einen Arbeiter Johann Czoch aus Charlottenburg, Sophie-Charlotte-Str. 88, der in Neu-Seefeld ein Grundstück besitzt. Czoch wollte auf seiner Besitzung einen kleinen Bau ausführen und hatte sich zu diesem Zweck im Döberinger Truppenlager eine Anzahl Bretter widerrechtlich angeeignet. Bei Ausführung des Diebstahls war er von dem Händler Neumann beobachtet worden, der darauf an ihn herantrat und von ihm das Schweigegeißel verlangte. Czoch sagte ihm dies auch zu, und die beiden Männer trafen sich in der vorigen Woche an einem verabredeten Ort, um dort die Angelegenheit ins Reine zu bringen. Czoch trat dem N. gegenüber unter falschem Namen auf, erklärte, er habe kein Geld bei sich und gab ihm schließlich seine Uhr zum Pfand. Neumann gab sich damit nicht zufrieden und erkundigte sich im stillen nach der Adresse und dem wahren Namen des Czoch. Am Montagvormittag erlitten der Händler auf dem Czoch'schen Grundstück in Neu-Seefeld und verlangte ein Schweigegeißel von 500 Mark sowie Zahlung des Wertes der gestohlenen Bretter in Höhe von 2700 Mark an die Spandauer Postkasse. Inzwischen hatte sich auch

In der Abendsitzung erklärte für die englischen Delegierten Thomas, daß die englischen Arbeiter nur sehr schwer für einen allgemeinen Streik zu haben seien. Die englische Arbeiterklasse wolle keine blutige Revolution. Nachdem sich noch Shaw (England) über die bolschewistischen Zustände geäußert hatte, schritt man zur Abstimmung über die Resolution über das politische System der Sozialdemokratie.

Die Entscheidung im Sinne der Ausführungen der vorher gemeldeten Redner wurde gegen eine englische Stimme angenommen. Der Sozialistenkongress lehnt also mit aller Entschiedenheit den Bolschewismus und seine Mäxikatur ab.

Nach einem Schlußwort des ältesten Mitgliedes der Internationale, Eduard Bernstein, der der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Spaltung der 2. Internationale überwunden sei, schloß Präsident Shaw den Kongress.

Der nächste Kongress wird im Jahre 1922 in Brüssel abgehalten werden.

Das neue Exekutivkomitee hat folgende Zusammenfassung: Präsident Arthur Henderson, Schwedischer J. S. Thomas, Sekretäre Quinones, Weiss (Deutschland), Branting (Schweden), (Vertreter Stanning), Frost (Holland), Macdonald (England), Sanderbelle (Belgien), (Vertreter de Brouckere).

Internationale und Arbeitsamt.

Genf, 5. August. In der Nachmittagsitzung des Internationalen Sozialistenkongresses wurde die Stellungnahme der Internationale zum Internationalen Arbeitsamt in Genf erörtert. Die von der Kommission unterbreitete Resolution wurde gegen vier englische Stimmen angenommen. Die Resolution erklärt, daß der Kongress mit Genugtuung Kenntnis nimmt von der Gründung eines internationalen Arbeitsamtes und mit Freuden die Ergebnisse der Konferenzen von Washington und Genoa verzeichnet, die einen bedeutenden Schritt auf dem Wege der internationalen Sozialreform darstellen. Der Kongress, der diese Einrichtung als den höchsten Pfeiler des Völkerbundes und als Grundlage des künftigen internationalen Parlaments betrachtet, spricht ihr die lebhafteste Sympathie aus und hofft, daß von ihr für die Zukunft Vorteile zu erwarten sind, die in ihrer internationalen Anwendung den berechtigten Forderungen der Arbeiter besser entsprechen werden. Deshalb fordert der Kongress die Arbeiterorganisationen der ganzen Welt auf, das internationale Arbeitsamt bei dieser vornehmsten Aufgabe zu unterstützen.

Nach Annahme dieser Resolution begann der Kongress die Debatte über das politische System der Sozialdemokratie.

Die Ehefrau des Czoch in den Handel hineingeworft und verurteilt, den Händler zu einem Nachlassen seiner Forderung zu bewegen. Ihr Ehemann hatte sich inzwischen entfernt. Neumann beschwor auf der Zahlung von 500 Mark, erklärte, bis zur Rückkehr des Czoch werden zu wollen und setzte sich auf einen Steinhaufen des Grundstückes. Pünktlich erschien Czoch mit einem Beil bewaffnet im Rücken des Mannes und schlug ihn mit einem wuchtigen Hieb auf den Kopf nieder. Neumann war sofort tot. Der Täter bedeckte dann die Leiche mit einem Tod, verpackte sie in einen Wagen und fuhr den Körper des Ermordeten nach der Neu-Finkenkruger Höhe, wo er ihn in ein Feld warf. Vertreter der Staatsanwaltschaft III Berlin werden heute in Seefeld eintreffen, um die weiteren Ermittlungen zu führen.

Die Waffenschlebung in der Passauer Straße.

Das Kommando der Sicherheitspolizei meldet am 11. Die Ermittlungen über den Waffensfund in der Passauer Straße sind seitens der Sicherheitspolizei abgeschlossen worden. Es hat sich bisher kein Anhalt dafür ergeben, daß Hauptwachmeister Sommerlorn ein Verstecken der Waffen nach Polen beabsichtigt hätte. Die in die Angelegenheit verwickelten Zivilpersonen, Ingenieur Seefah und Kaufmann Mohr sind inzwischen festgenommen worden, nach Spitz wird nachgehandelt. Das Kommando der Sicherheitspolizei hat die ganze Angelegenheit nunmehr an die Staatsanwaltschaft beim Landgericht II abgegeben.

Vielleicht entschließt sich die „Sipo“ auch endlich einmal, dazu mitzutun, was Sommerlorn mit den Waffen wollte. Was er nicht beabsichtigte, interessiert weniger.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postanlage bei.

Der Post am Gärtner ermahnt hat die Militärpolizei des Reichsministeriums, Abklärung Eröffnung, Potsdamer Str. 22, indem sie den ehemaligen Leutnant S. M. Häusler, Hamburger Straße 106, zum Verweilen über das „erfolgte“ Verstecken im Depot Wisnower Straße einsetzte. — Häusler kam gewöhnlich nach Depotstraße mit einem Wagen ins Depot, auf welchen Teilhände aufgeladen und weiter verschoben wurden. Durch die Anzeige eines dort tätigen Arbeiters kam man hinter das Treiben des Häusler und es gelang — noch bevor die ganzen Bestände verschoben waren — den Häusler festzunehmen. Häusler ist gehandelt, eine Anzahl Militärstücke, 30 000 Stück Militärdecken und anderes Verstecken aus den Beständen des genannten Depots verschoben zu haben.

Charakteristika. Verzugsbestimmungen für Schwerkriegsbeschädigte. Schwerkriegsbeschädigten, denen tatsächlich längeres Stücken schwerer oder schwerer werden auf der Eisenbahn bei der Abfertigung und Verbringung besonders berücksichtigt. Entsprechende Ausweise stellt die Postanstalt für Kriegsbeschädigte, Schloß, linker Seitenflügel, auf Antrag aus.

„Eintrick Relativitätstheorie“ lautet das Thema des mit zahlreichen Abbildungen ausgeschatteten Vortrags, den Herr Dr. Friedrich Bornhardt am Sonnabend, den 7. August, abends 8 Uhr, im großen Saal der Treppe-Ehrenhalle hält.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, 7. August:

Friedrichshagen, 6 Uhr im Brantelaudhaus Sommerfest der S. P. D.

Sport.

Großer Preß-Preis. Zum ersten Male in dieser Saison findet am Mittwoch ein offizielles Abendrennen auf der Radrennbahn Treppe statt. Als besondere Attraktion dürfte wohl das erneute Zusammentreffen „Appelhaus-Lekmann“ sein, zu denen sich Thomas und Welle gesellen werden. Das Rennen, genannt „Großer Preß-Preis“ führt über 50 Kilometer. Die Sieger werden sich im „Preis der Rad-Welt“ über 1000 Meter und dem „Preis der V. J. am Freitag“, Prämienfahrten über 15 Stunden, sowie im „Adolf-Schulze-Erinnerungsrennen“, Tandemfahrten, messen. Beginn der Rennen abends 8 Uhr. Obwohl der Wettschlag erst Ende dieser Woche ist, haben schon namhafte Fahrer, wie Pader, Abraham, Häusler, Bernede, Kubela, Schmal, Wegener, Ostermeier und Todewald ihre Meldung abgegeben.

